

# UmFAIRteilen!

Investitionen für die Zukunft  
In Verantwortung für zukünftige Generationen



Anmerkungen zum  
Landeshaushalt 2013/14

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum  
UmFAIRteilen!  
Investitionen für die Zukunft  
In Verantwortung für zukünftige Generationen  
Anmerkungen zum Landeshaushalt 2013/2014

Verantwortlich  
DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1 – 3  
65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611-350 60 90  
Fax: 0611-350 60 91  
E-Mail: [die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)  
Internet: [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

V.i.S.d.P.  
Willi van Ooyen, MdL  
Fraktionsvorsitzender

Redaktion  
Stefan Würzbach, Jasmin Romfeld

Wiesbaden, Januar 2013

# Inhalt

Investitionen für die Zukunft In Verantwortung für zukünftige Generationen	4
UmFAIRteilen: LINKE Vorschläge für den Landeshaushalt	6
Soziales – Arbeit	8
Bildung – Wissenschaft – Kunst	11
Wirtschaft und Verkehr	15
Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume	17
Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration	21
Im Überblick	27
Bildnachweis	31
Impressum	2

# **UmFAIRteilen!**

## **Investitionen für die Zukunft**

### **In Verantwortung für zukünftige Generationen**

## **Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

DIE LINKE macht konkrete und bezahlbare Gegenvorschläge zur schwarz-gelben Politik des Magerstaats. Wir stehen für eine Haushaltspolitik, die auf sozialen Ausgleich, bessere Bildung und eine sozial-ökologisch nachhaltige Infrastruktur ausgerichtet ist. Dafür brauchen wir deutlich höhere Einnahmen, vor allem durch die Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften. Die Steuerreformen der letzten Jahre und die Kosten in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Lage der öffentlichen Kassen in Bund, Ländern und Kommunen massiv verschlechtert. Das führt insbesondere in den Kommunen zu massiven Kürzungen beim öffentlichen Nahverkehr, bei Bibliotheken, Jugendzentren und anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen.

Mit der Festschreibung der Schuldenbremse haben CDU, FDP, SPD und Grüne das Land darauf verpflichtet, seinen Haushalt auf Dauer ohne neue Schulden auszugleichen. Aber bereits im ersten Jahr nach Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung zeigt sich deutlich, dass ein ausgeglichener Haushalt nur über höhere Einnahmen realisiert werden kann. Selbst die schwarz-gelbe Landesregierung muss nun eingestehen, dass an höheren Einnahmen kein Weg vorbei führt. Mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer hat das Land den einzigen sinnvollen Schritt getan, den es selbst tun kann, um seine Einnahmen zu erhöhen. Steuersenkungen, wie sie CDU, SPD, Grüne und FDP in Regierungsverantwortung im Bund und im Land immer wieder vorangetrieben haben, sind keine Politikoption mehr.

DIE LINKE setzt sich für eine gerechtere Steuerpolitik auf Bundesebene ein, die Vermögende, Spitzenverdiener und Unternehmen stärker zur Kasse bittet. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer ist für Hessen zentral, da ihr Aufkommen



Hermann Schaus      Willi van Ooyen      Marjana Schott      Dr. Ulrich Wilken  
Janine Wissler      Barbara Cárdenas

vollständig den Ländern zusteht. Für Hessen bedeutet allein eine Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 500.000 Euro und einem Steuersatz von einem Prozent 1,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen in jedem Jahr.

Würden die Vorschläge der LINKEN umgesetzt, könnte die Verschuldung trotz höherer Ausgaben in den Bereichen Soziales, Bildung und Umwelt um 330 Millionen Euro im Jahr 2013 und 126 Millionen Euro im Jahr 2014 reduziert werden.

Mit den Vorschlägen zum Landeshaushalt wollen wir zeigen, dass die Politik der Landesregierung nicht alternativlos ist. Mehr Geld für KITAs, Schulen, Soziales und Gesundheit ist möglich, wenn endlich umFAIRteilt wird.

*Barbara Cárdenas, Hermann Schaus, Marjana Schott,  
Dr. Ulrich Wilken, Janine Wissler, Willi van Ooyen*

## UmFAIRteilen: LINKE Vorschläge für den Landeshaushalt

### Eine emanzipatorische und inklusive Bildungspolitik

Gute Bildungspolitik kostet Geld. Im Bereich der KITAs braucht Hessen eine Qualitätsoffensive, um eine gute und flächendeckende Kinderbetreuung zu erreichen. Dafür ist mehr Personal notwendig, das vom Land finanziert werden muss. Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, Klassen zu verkleinern und die Ganztagschulen auszubauen, fordert DIE LINKE 7.000 neue Stellen für Lehrer\_innen. Da dieser Bedarf nicht durch die Zahl der Absolvent\_innen zu decken ist, sollen diese Mittel auch für die Lehrerausbildung genutzt werden. Die hessischen Hochschulen erleben derzeit einen Ansturm von Studierenden, noch nie gab es so viele Studierende in Hessen wie heute. Um die Qualität der



Die Reichtumsuhr des DGB Hessen-Thüringen und ver.di Hessen in Frankfurt

Ausbildung zu erhalten, brauchen die Hochschulen dringend mehr Mittel, um ihren Aufgaben nachkommen zu können.

### **Gute Arbeit und Ausbau der sozialen Infrastruktur**

DIE LINKE setzt sich für eine aktive und umfassende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ein. Wir wollen die ca. 12.000 hessischen Ein-Euro-Jobs in reguläre, tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. 2013 und 2014 sollen mit dieser Anschubfinanzierung zunächst bis zu 10.000 Stellen eingerichtet werden.

DIE LINKE fordert die vollständige Rücknahme der Kürzungen aus der „Operation Sichere Zukunft“. Frauenhäuser, Schuldnerberatungen und andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden. Wir wollen die soziale Teilhabe aller Hessinnen und Hessen sichern. Dazu wollen wir hessische Städte und Gemeinden unterstützen, die in Zusammenarbeit mit Verkehrsbetrieben und kommunalen Einrichtungen Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen einführen. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, welches das Wohnumfeld der Menschen verbessern soll und Maßnahmen der Integration und der lokalen Kinder- und Jugendhilfe bereitstellt, wollen wir verstetigen und ausweiten.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung setzt sich DIE LINKE für den Rückkauf des Uniklinikums Gießen und Marburg (UKGM) durch das Land ein. Der Betrieb von Kliniken ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht Gegenstand privaten Profitstrebens sein.

### **Wohnen ist ein Menschenrecht**

Sowohl im Bereich des sozialen Wohnungsbaus als auch bei der Wohnraumversorgung Studierender besteht in Hessen Handlungsbedarf. DIE LINKE fordert, den Bestand an Wohneinheiten für studentische Nutzung in Hessen jährlich um 2.000 Einheiten zu erhöhen. Der Neubau studentischen Wohnraums soll aus Landesmitteln mit 20.000 Euro je Einheit gefördert werden.

Um den langjährigen Rückgang an Sozialwohnungen umzukehren und zukünftig den Bestand wieder zu steigern, soll das Land Hessen Mittel zur Verfügung stellen, um die Finanzierungskosten von Wohnungsbaugesellschaften, die Wohnungen mit einer sozialen Mietpreisbindung errichten, zu fördern.

## Soziales – Arbeit

### Gegen soziale Kälte – Sozialetat aufstocken

2013 +40 Mio. Euro

2014 +40 Mio. Euro

2004 wurden durch die Kürzungen der CDU-»Operation Sichere Zukunft« die Mittel für mehr als 100 Sozial-, Beratungs- und Kulturprojekte deutlich gekürzt. Die verbleibenden Mittel wurden für viele Projekte seit dem nicht erhöht. Das bedeutet faktisch eine kontinuierliche Kürzung. Wir stellen uns dieser sozialen und kulturellen Verödung entgegen. Beratungsstellen, Seniorentreffs, soziokulturelle Zentren etc. werden auch weiterhin dringend gebraucht.

### Soziale Teilhabe sichern – HessenCard einführen

2013 +50 Mio. Euro

2014 +50 Mio. Euro

Wir wollen hessische Städte und Gemeinden unterstützen, die in Zusammenarbeit mit Verkehrsbetrieben und kommunalen Einrichtungen Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen einführen. Diese preisgünstigen Monatskarten, wie es sie in manchen hessischen Kommunen bereits gibt, erlauben die ermäßigte Nutzung des ÖPNV, von Theatern, Schwimmbädern und anderen Einrichtungen. Wir wollen auch Vereine und Unternehmen dafür gewinnen, sich an solchen Sozialermäßigungen zu beteiligen.

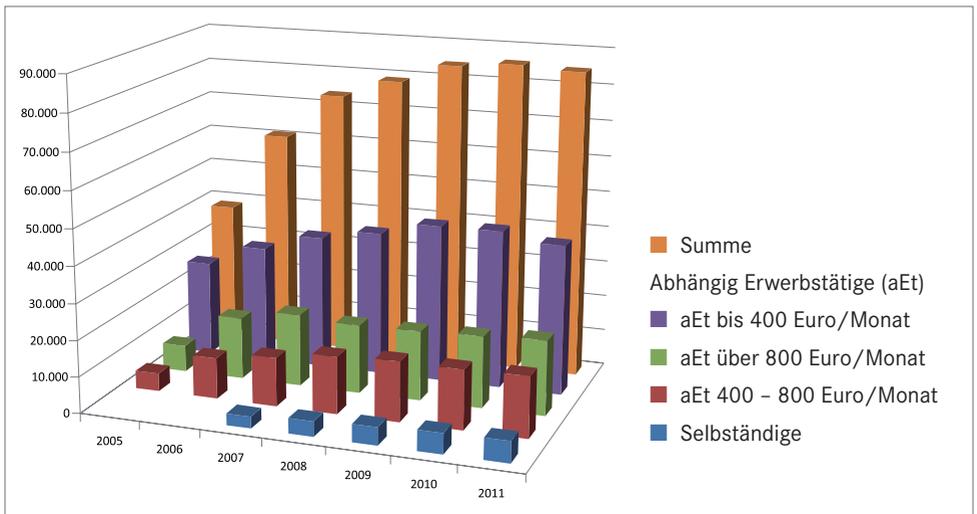


Abb. 1 Erwerbstätige Hartz-IV-Bezieher\_innen in Hessen in den Jahren 2005, 2006, 2008, 2009, 2010, 2011

**Soziale und regionale Beschäftigung finanzieren****2013 +108 Mio. Euro****2014 +108 Mio. Euro**

Weder Hartz IV, Ein-Euro-Jobs noch Bürgerarbeit haben zu mehr Beschäftigung geführt, sondern zu schlechteren Vermittlungsquoten und zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse.

Wir wollen die ca. 12.000 hessischen Ein-Euro-Jobs in reguläre, tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. 2013 und 2014 sollen mit dieser Anschubfinanzierung zunächst bis zu 10.000 Stellen eingerichtet werden. Sie müssen Existenz sichernd sein. Schwerpunkt sollen insbesondere soziale und kulturelle Projekte sowie die strukturschwachen und von starker Abwanderung junger Menschen betroffenen Regionen sein.

**Gewalt gegen Kinder und Jugendliche verhindern –  
Aufklärung stärken****2013 +1 Mio. Euro****2014 +1 Mio. Euro**

Aufklärung und Prävention gegen sexuelle Gewalt müssen intensiviert und die Betreuung der Opfer verbessert werden. Die bisherigen Mittel reichen dafür nicht aus. Insgesamt werden 15 neue Stellen im Bereich der Jugendhilfe sowie die notwendige Infrastruktur gebraucht.

**Der Spaltung zwischen Arm und Reich entgegenzutreten –  
Ausweitung des Programms „Soziale Stadt“****2013 +3 Mio. Euro****2014 +3 Mio. Euro**

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schlägt sich auch in Form räumlicher Trennung nieder: Reichenviertel dort, sogenannte soziale Brennpunkte hier.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sollte dem entgegenwirken – durch Maßnahmen, die das Wohnumfeld verbessern, Maßnahmen der Integration und der lokalen Kinder- und Jugendhilfe. Aber der Bundesanteil wurde von Schwarz-Gelb Ende 2010 gestrichen – trotz Warnung des Deutschen Städtetages. Wir fordern das Programm zu verstetigen und auszuweiten. Hierbei sind auch dauerhafte Stellen zu schaffen. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten liegen.

**Entschädigung ehemaliger Heimkinder****2013 +245.000 Euro****2014 +370.000 Euro**

Vereinbarungsgemäß muss Hessen insgesamt 3 Millionen Euro in einen Fonds zur Entschädigung missbrauchter oder misshandelter ehemaliger Heimkinder einzahlen. Die Landesregierung will davon 600.000 Euro den Kommunen aufbürden. DIE LINKE fordert dagegen, die Kommunen nicht noch mehr zu belasten und diesen Betrag aus Landesmitteln zu finanzieren.

**Bedingungen in der Altenpflege grundlegend verbessern – 2013 +5,75 Mio. Euro**  
**Qualität der Altenpflegeausbildung sichern 2014 +5,8 Mio. Euro**

Eine menschenwürdige Pflege älterer Menschen ist eigentlich selbstverständlich. Von Seiten der Hessischen Landesregierung wird aber an der Ausbildung der Fachkräfte gespart. Das Schulgeld ist seit 2002 nicht mehr erhöht und zusätzlich 2011 gekürzt worden. Den Altenpflegeschulen fehlen deshalb mittlerweile ca. 96 Euro pro Platz im Monat. DIE LINKE fordert eine bessere Bezahlung und eine hochwertige Ausbildung der Pflegenden.



**Verantwortungsvolle Familienpolitik realisieren – 2013 +2,8 Mio. Euro**  
**Schwangerschaftsberatung bedarfsgerecht finanzieren 2014 +2,8 Mio. Euro**

In der Frühphase der Schwangerschaft sind viele Eltern auf intensive und umfassende Beratung angewiesen, um verantwortungsvolle Entscheidungen treffen zu können. Die Hessische Landesregierung hat den Beratungsstellen jedoch 2011 bei der Novellierung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes die Mittel gekürzt. DIE LINKE fordert, diese Kürzungen vollständig zurückzunehmen.

**Gehörlosen-Geld einführen – 2013 +1,4 Mio. Euro**  
**Gleichbehandlung ermöglichen 2014 +1,4 Mio. Euro**

Wir wollen analog zum Blindengeld gehörlose Menschen finanziell unterstützen.

Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sollen die durch Gehörlosigkeit entstehenden Mehrausgaben ausgeglichen werden.

**Frauennotrufe –  
Mittel gegen Gewalt aufstocken**

**2013 +330.000 Euro**

**2014 +330.000 Euro**

Seit 1995 erhalten die elf hessischen Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen eine viel zu geringe Förderung. Eine kontinuierliche Beratungsarbeit kann damit nicht sichergestellt werden. DIE LINKE fordert deshalb, jede der elf Stellen mit 30.000 Euro pro Jahr zusätzlich zu fördern.

## **Bildung – Wissenschaft – Kunst**

**„Qualitätsoffensive Bildung“: Für kleinere Klassen,  
Inklusion an Schulen, tatsächliche Unterrichts-  
abdeckung, wirkliche Lernmittelfreiheit,  
bessere Arbeitsbedingungen und Ganztagschulen**

**2013 +464 Mio. Euro**

**2014 +464 Mio. Euro**

Wir wollen eine Schullandschaft, die frei von Diskriminierung ist und alle mitnimmt. Perspektivisch sind dafür weiterhin mehr als 10.000 zusätzliche Lehrer\_innenstellen notwendig. Wir fordern daher die Schaffung von mindestens 7.000 neuen Lehrerstellen:

1. Zur Umwandlung möglichst vieler Schulen zu Ganztagschulen, die ihren Schulalltag rhythmisieren, sind sofort 2.500 zusätzliche Lehrer\_innen einzustellen.
2. Um die Abdeckung der Stundentafel sicherzustellen, muss endlich eine tatsächliche 100-Prozent-Zuweisung an allen Schulen erfolgen. Eine durchschnittliche Abdeckung, wie sie von der Landesregierung nun angestrebt wird, ist unzureichend. Für eine wirkliche 100-Prozent-Versorgung sind 2.000 neue Stellen erforderlich.
3. Die Klassengrößen lassen eine individuelle Förderung und inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung nicht und gute Pädagogik nur schwer zu. Deshalb sollen mittelfristig alle Klassen um 20 Prozent verkleinert werden. Dafür sind 1.000 zusätzliche Stellen notwendig.
4. Wegen der deutlichen Zunahme vielfältiger Zusatzaufgaben, mit denen Lehrer\_innen sowie Schulleitungen in den letzten Jahren konfrontiert wurden, müssen

die so genannten Schuldeputate deutlich verbessert werden. Hiermit könnte den besonders hoch belasteten Lehrkräften durch Beschluss der Gesamtkonferenz teilweise ein zeitlicher Ausgleich gewährt werden. Für die dringend erforderliche Realisierung dieser Maßnahme ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von 1.000 Stellen.

5. Sollten die vorgesehenen Stellen nicht zu besetzen sein, sind die hierfür vorgesehenen Mittel solange für Maßnahmen der Weiterqualifizierung ausgebildeter Lehrer\_innen sowie Ausbildung neuer Lehrer\_innen auszugeben, bis das gewünschte Personal vorhanden ist. Dem immer größer werdenden Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal wird so endlich wirklich begegnet.
6. Als nächster Schritt ist nach Abschluss der Einstellungen der schrittweise Ausbau einer zehnpromzentigen Vertretungsreserve angedacht. Die soll bei Bedarf auch neue Aufgaben im Bereich inklusiver Beschulung übernehmen. Hierfür sind etwa 5.500 Stellen notwendig.
7. Zur verstärkten Förderung von Schüler\_innen mit Migrationshintergrund soll ein Programm zur Stärkung von „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) mit knapp 500 Lehrer\_innen aufgelegt werden. Damit werden die Sprachkenntnisse von jungen Menschen mit Migrationshintergrund angemessen gefördert.



**„Qualitätsoffensive Kinderbetreuung“:  
bessere Erzieher\_innen-Kind-Relation  
und kleinere Gruppen in KITAs**

**2013 +170 Mio. Euro**  
**2014 +170 Mio. Euro**

Gute Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten sind wichtige Grundsteine für die Zukunft unserer Kinder. Mittelfristig soll deshalb die Betreuung durch mehr Erzieher\_innen verbessert werden. Unser Ziel ist die Betreuung von Gruppen mit jeweils höchstens 20 Kindern von je zwei qualifizierten Vollzeit-Kräften.

**Qualitativ hochwertige Schülerbeförderung für alle**

**2013 +30. Mio. Euro**  
**2014 +30. Mio. Euro**

Um die Übernahme aller Schülerfahrtkosten zu erreichen, werden den Kommunen in einem ersten Schritt 30 Mio. Euro als abrufbare Sofortmaßnahme für entsprechende Programme zur Verfügung gestellt. Darunter fällt auch die Vorfinanzierung von Fahrkarten für Kinder.

**Bessere Prävention und Integration durch  
den Ausbau von Schulsozialarbeit und  
schulpsychologischem Dienst an Schulen**

**2013 +16,8 Mio. Euro**  
**2014 +16,8 Mio. Euro**

Der notwendige Ausbau von ganztätig arbeitenden Schulen, die Anforderungen von Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen machen den Einsatz zusätzlichen Fachpersonals dringend erforderlich. Wir fordern 250 zusätzliche Schulsozialarbeiter\_innen und 250 Schulpsycholog\_innenstellen.

**Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) ausbauen**

**2013 +1,9 Mio. Euro**  
**2014 +1,9 Mio. Euro**

Wir fordern einen Ausbau des Projekts „Jedem Kind ein Instrument“ an Hessens Schulen, um noch mehr Kindern die Möglichkeit zu geben, ein Instrument zu erlernen.

**Versteckte Gebühren abschaffen –  
Lernmittelfreiheit sicherstellen**

**2013 +12 Mio. Euro**  
**2014 +12 Mio. Euro**

An vielen hessischen Schulen wird zum Beispiel eine Kopierpauschale für notwendige Unterrichtsmaterialien erhoben. Das widerspricht der Hessischen Verfassung. Wir fordern die darin beschriebene Lehr- und Lernmittelfreiheit herzustellen.

**Lehrerausbildung:  
Bei der Ausbildung darf nicht gekürzt werden**

**2013 +19,7 Mio. Euro**  
**2014 +19,7 Mio. Euro**

Neben der Rücknahme der Verkürzung der Ausbildungszeit fordern wir auch den Beibehalt von 5.350 Stellen im Lehrer\_innen in Vorbereitungsdienst. Insbesondere

re im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen (Inklusion, flächendeckende Ganztagschulen, tatsächliche ausreichende Lehrerversorgung, etc.) und in Anbetracht der Warteliste der Studierenden, die keinen Referendariatsplatz erhalten, muss ein ausreichendes Angebot an Lehrer\_innenstellen im Vorbereitungsdienst zur Verfügung stehen.

**Inklusion: Einrichtung von Beratungs- und Koordinationsstellen der LAG Hessen  
Gemeinsam Leben – gemeinsam Lernen**

**2013 +1,2 Mio. Euro**

**2014 +1,2 Mio. Euro**

Wohnortnahe und von staatlichen Schulämtern unabhängige Anlaufstellen, v.a. für Eltern von Kindern mit Behinderung, sollen eingerichtet werden, die in allen Fragen der vorschulischen und schulischen Integration und Inklusion fachkundig und fallbezogen beraten. Die Beratung soll für Eltern kostenlos sein und sich an den Wünschen und Zielen der Eltern orientieren.

Auch Fachpersonal aus Schulen sowie Frühförderstellen, Kindergärten, Kindertagesstätten etc. sollen die Beratung wahrnehmen können. Auf Wunsch sollen die Mitarbeiter\_innen auch als Referent\_innen für regionale Veranstaltungen angefragt werden können.

**Sicherstellung der Arbeit der Studierendenwerke zur sozialen Absicherung der Studierenden**

**2013 +60 Mio. Euro**

**2014 +110 Mio. Euro**

Das Land hat sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurückgezogen. Um diesen eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzierung zu ermöglichen, ist eine deutliche Erhöhung der Landeszuschüsse nötig.

**Programm zur Renovierung und Sanierung von Studierendenwohnheimen**

**2013 +40 Mio. Euro**

**2014 +40 Mio. Euro**

Viele studentische Wohnheime und andere Immobilien der hessischen Studierendenwerke sind marode und baufällig. Analog zum staatlichen Hochschulprogramm HEUREKA (Hochschulentwicklungs- und Umbauprogramm: Runderneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen) fordern wir ein Programm zur Sanierung der Studierendenwohnheime.

**Bildung für alle statt Eliteschmieden für Privilegierte**

**2013 -1,5 Mio. Euro**

**2014 -1,2 Mio. Euro**

Während öffentlichen Hochschulen in Hessen Mittel in Millionenhöhe gekürzt wurden, fördert das Land mit der European Business School (EBS) eine private Elitehochschule. Die staatliche Subventionierung einer Hochschule, die privatwirtschaftlich organisiert ist und einen Semesterbeitrag von 12.000 Euro verlangt, lehnen wir ab.

**Rückkauf des UKGM****2013 +100 Mio. Euro****2014 +100 Mio. Euro**

Die Privatisierung der Unikliniken Gießen und Marburg war von Beginn an ein Fehler. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten haben sich seitdem massiv verschlechtert, ebenso die medizinische Versorgung der Patient\_innen. Aus diesem Grund fordern wir die Rückführung des Klinikums in die Öffentliche Hand.

**Kultur darf nicht zum Privileg für Reiche werden – Kürzungen im Kulturretat rückgängig machen****2013 +350.000 Euro****2014 +350.000 Euro**

Im Rahmen des Kürzungsprogramms „Operation Düstere Zukunft“ wurde im Kulturbereich, insbesondere bei der Künstlerförderung und den kleinen Theatern gekürzt. Das wollen wir rückgängig machen. Die zusätzlichen Mittel sollen zur regionalen Kulturförderung, zur Förderung von freien Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren verwendet werden.

## Wirtschaft und Verkehr

**Förderung der Ausbildungsverbünde erhalten...****2013 +1,5 Mio. Euro****2014 +1,7 Mio. Euro**

Viele Betriebe, die allein nicht die Möglichkeit haben auszubilden, schließen sich zu Ausbildungsverbänden zusammen und bieten so praxisnahe Ausbildungsplätze an. Angesichts des chronischen Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen wollen wir diese Initiativen ausbauen und mit Landesmitteln fördern.

**...und Altbewerberförderung erhalten****2013 +13,1 Mio. Euro****2014 + 14 Mio. Euro**

Die Mittel zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, müssen erhalten bleiben. Die Landesregierung hat ihnen wiederholt die Fördermittel gekürzt. Angesichts von fast 10.000 Betroffenen in Hessen darf es nicht sein, dass der Landshaushalt ausgerechnet auf Kosten dieser jungen Menschen saniert werden soll.

**Nachhaltig wirtschaften – Sozial-ökologisches Beschaffungswesen****2013 +5 Mio. Euro****2014 +5 Mio. Euro**

Land und Gemeinden sind zusammen die größten Kunden der Privatwirtschaft. Sie sollen öffentliche Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen und die Einhaltung ökologischer Produktionsstandards durch die beauftragten Unternehmen knüpf-

fen. Um diese Vergabepaxis umzusetzen und Verstöße gegen arbeitsrechtliche, tarifliche oder Umweltstandards zu verhindern, schafft das Land 50 Stellen bei den öffentlichen Vergabestellen.

### ÖPNV-Förderung aufstocken

**2013 +60 Mio. Euro**  
**2014 +80 Mio. Euro**

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist einer der größten Arbeitgeber im Land und bietet Mobilität gerade für Junge und Senioren und für Menschen ohne Pkw. Er leistet außerdem einen unentbehrlichen Beitrag zur Senkung des verkehrsbedingten Abgasausstoßes. Aber der ÖPNV in Hessen wird seit Jahren unzureichend finanziert. Für Investitionen und zur Förderung des laufenden Betriebs wollen wir je 30 Millionen Euro Landesmittel zusätzlich einstellen.



Abb. 2 Hessen belegt den letzten Platz aller Bundesländer, wenn es um nachhaltige Verkehrspolitik geht.

**Beweglich bleiben – Fahrradverkehr fördern****2013 +500.000 Euro****2014 +500.000 Euro**

Hessen verfügt über ein gutes Radwegenetz. Um dessen Nutzung zu fördern und gerade den innerstädtischen Verkehr aufs Rad umzulenken, schlagen wir eine Werbekampagne für die Nutzung von Fahrrädern und Radwegen vor. Außerdem wollen wir Anbieter von Radfahrkursen fördern.

**Entwicklungszusammenarbeit stärken****2013 +260.000 Euro****2014 +260.000 Euro**

Zahlreiche Gruppen und Organisationen in Hessen engagieren sich für die Entwicklungszusammenarbeit. Hier geht es um drängende soziale und ökologische Anliegen, die Menschen in Entwicklungsländern, aber auch hier in Hessen unmittelbar betreffen. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben sich verpflichtet, ihre Anstrengungen in diesem Bereich auszuweiten. Die Förderung durch das Land Hessen befindet sich dennoch auf einem absoluten Tiefstand. Wir fordern eine Verdopplung der Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

## **Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz – nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume**

Jahrzehntelange Misswirtschaft, falsche Weichenstellungen bei der Energieversorgung, der Landwirtschaft und im Umweltschutz erfordern in den kommenden Jahren große Anstrengungen des Landes. Wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen exemplarisch zeigen, wo DIE LINKE Schwerpunkte setzt.

**Klima- und Ressourcenschutz sind untrennbar miteinander verbunden****2013 +30 Mio. Euro****2014 +30 Mio. Euro**

Die Energieversorgung darf nicht wenigen Großkonzernen überlassen werden, denen es nur um Profite, aber nicht um den Klimaschutz geht. Die Wertschöpfung – v.a. aus der Windenergie – muss den Kommunen und den Menschen vor Ort zugutekommen. Wir wollen ein Landesprogramm zur Stärkung der Kommunen als Hauptträger der Energiewende und des Klimaschutzes in Hessen. Hessen-Forst soll dabei den Kommunen und kommunalen Genossenschaften geeignete Waldflächen pachtfrei überlassen. Die Gegenfinanzierung erfolgt aus einer Grundwasserabgabe (ca. 85 Millionen Euro). Hieraus soll auch die wichtige Arbeit der Wasser- und Bodenverbände unterstützt werden.

## **Energieeffizienz in Klärwerken steigern**

**2013 +26 Mio. Euro**

**2014 +20 Mio. Euro**

Die 725 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20 % des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme hergestellt wird. 25 bis 50 % des Energieverbrauchs der Abwasserreinigung kann eingespart werden. Diese Möglichkeit wollen wir mit Landesmitteln voranbringen.

## **Menschen und Kommunen bei Energiewende unterstützen: Die Energieberater**

**2013 +2 Mio. Euro**

**2014 +2 Mio. Euro**

Es gibt verschiedenste Förderprogramme und technische Möglichkeiten zur Einsparung von Energie und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Doch obwohl Investitionen in Privathaushalte, öffentliche Gebäude und in Betriebe ökonomisch und ökologisch absolut sinnvoll wären, scheitern sie oft an fehlendem Überblick und der notwendigen Zeit, sich mit der Vielzahl an Möglichkeiten auseinander zu setzen. In jedem hessischen Kreis und in jeder kreisfreien Stadt sollen deshalb Energiebeauftragte beratend und unterstützend tätig sein. Sie sollen regionale Energie- und Klimaschutzpläne erarbeiten, Förderprogramme bündeln und Privathaushalte, die Öffentliche Hand und Betriebe kostenlos beraten.

## **Umwelt und Ressourcen schützen – neue Arbeitsplätze schaffen – sozial-ökologischer Umbau der ländlichen Räume**

**2013 +26 Mio. Euro + EU-Zuschüsse**

**2014 +26 Mio. Euro + EU-Zuschüsse**

Den ländlichen Räumen kommt in Verbindung mit Forst- und Landwirtschaft eine große Bedeutung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie zur Erholung zu. Gleichzeitig mangelt es an einer Infrastruktur, die die Menschen auf dem Land hält und ihr Einkommen sichert und die Lebensqualität fördert. Für 2013 planen wir eine Anschubfinanzierung von 10 Millionen Euro in Infrastrukturmaßnahmen und eine ökologisch nachhaltige Flächennutzung. Zuschüsse – auch EU-Agrarsubventionen – darf es nur für Projekte geben, die soziale und ökologische Verbesserungen erbringen. Die Investitionen müssen in den nächsten Jahren mit größeren Beträgen weitergeführt werden. Gefördert werden sollen insbesondere ökologischer Landbau, standortangepasste Grünlandextensivierung, Verwertung von organischen Abfällen und nachwachsenden Rohstoffen in den Kommunen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie ein alltags-tauglicher und klimaneutraler ÖPNV in der Fläche.

## Naturparks fördern, Biodiversität sichern

**2013 +7,5 Mio. Euro**

**2014 +2,1 Mio. Euro + Bundesförderprogramm**

Ein sozial-ökologischer Umbau unserer Gesellschaft, insbesondere die Umstellung auf ökologischen Landbau, sichert und fördert die Biodiversität am besten. Darüber hinaus müssen unserer Naturparks und Schutzgebiete gefördert werden. Der Reinhardswald muss zum Naturpark werden. Er ist das größte geschlossene Waldgebiet Hessens und besitzt eine bemerkenswerte Kultur- wie Siedlungsgeschichte, die eindrucksvollen Flusslandschaften an Diemel und Weser, den spektakulären Kalk-Magerrasen entlang der Diemel und die bundesweit einmaligen historischen Hutewälder, den „Urwald Sababurg“ sowie zahlreiche Naturschutz- und FFH-Gebiete. Die Errichtung eines Naturparks zur Förderung eines sanften, ökologisch angepassten Tourismus ist für die Region von großer wirtschaftlicher Bedeutung.



## Nachhaltiger Waldbau, Umweltbildung und mehr Beschäftigte in hessischen Wäldern

**2013 +7 Mio. Euro**

**2014 +7 Mio. Euro**

Seit der „Operation sichere Zukunft“ 2003 werden bei Hessen Forst Stellen abgebaut. Förster und Waldarbeiter können den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und einem zertifizierten nachhaltigen Waldbau nicht nachkommen. Für die Arbeiten im Forst sind deshalb 200 neue Waldarbeiter\_innen und

100 Auszubildende einzustellen. Zusätzlich muss jeder Revierförsterei mindestens ein\_e Forstwirtschaftler\_in zugeordnet werden. Der Personalbedarf liegt bei 100 bis 150 Stellen.

### **Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung stärken – Verbraucherrechte ausweiten**

**2013 +2,5 Mio. Euro**

**2014 +2,5 Mio. Euro**

Immer mehr Menschen haben Beratungsbedarf bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internet- und Bankgeschäften, der Auswahl einer zusätzlichen Altersversorgung oder dem täglichen Einkauf von z.B. gentechnikfreien Nahrungsmitteln. 50 Cent pro Einwohner\_in für die Beratungstätigkeiten, eine Erhöhung der Projekt- sowie Personalmittel sind für einen guten Verbraucherschutz mindestens notwendig.

Zudem erhöht die Industrialisierung und Internationalisierung der Lebensmittelproduktion die Anforderungen an eine Überwachung unserer Nahrung stetig. Deshalb muss die Lebensmittelüberwachung gestärkt werden.

### **Gesundheit schützen – Lärmschutz umfassend ausbauen**

**2013 +10 Mio. Euro**

**2014 +10 Mio. Euro**

Ob vom Frankfurter Flughafen, dem Bahnverkehr im Rheintal oder den Autobahnen: Lärm ist gesundheitsschädlich. Gegen den Fluglärm hilft nur ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und eine Begrenzung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr. Zum Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm durch Autos und Züge müssen in den nächsten Jahren dreistellige Millionenbeträge aufgewendet werden.

### **Gesamtbelastungsstudie qualifizieren, umweltökonomische Bilanz erarbeiten**

**2013 +845.000 Euro**

Das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeituntersuchungen mit Human- und Bio-Monitoring. Die Frage, wie viel uns das ungebremste Wachstum kostet, muss für den Flughafen und andere Großprojekte beantwortet werden. Zusammen mit den betroffenen Bürger\_innen sowie den Umweltverbänden und Fachleuten aus Wissenschaft und Verwaltung soll ein solches Programm erarbeitet werden.

## Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht – Integration

**Privatisierungen stoppen –** **2013 -355.000 Euro**  
**Wirtschaft und Kommunen demokratisieren!** **2014 -355.000 Euro**

Unter den Ministerpräsidenten Koch und Bouffier wurde Hessen zu einem Musterland der Privatisierung: Gebäude, Energieversorger, Krankenhäuser, Schulen und selbst Gefängnisse wurden verkauft oder teilprivatisiert, obwohl damit nachweislich hohe Defizite, Verschlechterungen für die Allgemeinheit und ein Abbau von Rechten der Beschäftigten einher gingen. DIE LINKE möchte diese Politik beenden und die öffentliche Infrastruktur stärken. Das so genannte „Kompetenzzentrum PPP“, mit welchem das Land Hessen weitere Privatisierungen fördert, soll zu einem „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ umgebaut werden.

**Hessens Regionen und** **2013 +355.000 Euro**  
**öffentliche Infrastruktur stärken** **2014 +355.000 Euro**

Von Gesundheit über Energie bis zur Mobilität: Die Kommunen und Menschen vor Ort brauchen eine gute öffentliche Infrastruktur in Selbstverwaltung, statt Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg aus fernen Konzernzentralen. Mensch und Umwelt, nicht aber die Konzernprofite sollen in Hessen im Zentrum stehen. Das Land Hessen soll die Kommunen deshalb mit dem „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ qualifiziert beraten, um öffentliche Leistungen wie die der Energieversorgung, der Gesundheit oder des Nahverkehrs wieder öffentlich zu organisieren und zu betreiben.

**Für Demokratie und Freiheit –** **2013 - 2,3 Mio. Euro**  
**Nein zum Schnüffelstaat und Verfassungsschutz** **2014 -17,5 Mio. Euro**

Geheimdienste, die unkontrolliert die Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Geheimdienste, die in einem Netz von V-Leuten und obskuren Ermittlern sogar mit dem rechten Terrormilieu verwoben sind, gehören abgeschafft. Auch der hessische Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ wurde seit 2001 mit immer weiteren Mitteln aufgebläht und hat bei der Bekämpfung rechter Gewalt völlig versagt. Wir wollen den hessischen Inlandsgeheimdienst bis Ende 2013 auflösen. Gegen anti-demokratische, rassistische und menschenfeindliche Gefährdungen soll es stattdessen eine unabhängige Anstalt des öffentlichen Rechts für Demokratie und Menschenrechte geben, die

auch wissenschaftlich arbeitet und unterstützt, ohne V-Leute und ohne das Recht auf Schnüffeln.

**Neofaschismus bekämpfen –  
zivilgesellschaftliches Engagement fördern**

**2013 +2,3 Mio. Euro**

**2014 +2,3 Mio. Euro**

Hessen hat insbesondere im ländlichen Raum mit neo-faschistischen Strukturen und Gewalt zu kämpfen. Wir fordern seit Jahren, dass die notwendige Bildungs- und Präventionsarbeit nicht vom Verfassungsschutz, sondern von zivilen Vereinen und Organisationen gemacht werden soll. Denn anders als der Verfassungsschutz arbeiten diese demokratisch und transparent und sind nicht Teil der braunen Szene. Wir wollen jährlich gut zwei Millionen Euro für ein Aktionsprogramm gegen Neofaschismus bereitstellen. Diese Fördermittel können mit Programmen des Bundes gekoppelt werden und sollen Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte unterstützen, die sich der Jugendaus- und -weiterbildung, der Förderung von interkulturellen Begegnungen sowie dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Neofaschismus widmen.



**Polizei ausbilden statt  
unqualifizierte Helfer anheuern**

**2013 –360.000 Euro**

**2014 –360.000 Euro**

Wird die Polizei gebraucht, dann erwarten Betroffene zu Recht schnelle und qualifizierte Hilfe. Statt aber den Personalbedarf der Polizei ausreichend zu decken, wurde der freiwillige Polizeidienst in Hessen eingeführt: Gering bezahlte „Stadtpolizisten“ werden nach einem Crashkurs in Uniform auf die Straße geschickt. Im Ernstfall sind sie weder qualifiziert noch legitimiert einzuschreiten, obwohl sie aussehen wie Polizisten. Wir wollen den freiwilligen Polizeidienst beenden und die freiwerdenden Mittel in die Polizeiausbildung investieren.

**Überstunden und Belastung abbauen –** **2013 +1,5 Mio. Euro**  
**Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten** **2014 +1,5 Mio. Euro**

Die hessische Polizei hatte in der Vergangenheit starke Personalkürzungen zu verkraften. In Zukunft kommen hohe jahrgangsbedingte Abgänge hinzu. Einzelne Dienststellen sind kaum noch zu besetzen, künftig sieht es noch schlechter aus. Wir wollen eine sofortige Erhöhung der Kapazität bei Anwärter\_innen auf 600 Stellen pro Jahr, damit innerhalb der nächsten Jahre ausreichend Personal die Dienststellen besetzt.

**Faire Bezahlung und** **2013 +206 Mio. Euro**  
**Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst** **2014 +206 Mio. Euro**

Die hessischen Beamt\_innen haben mit 42 Wochenstunden die längste Wochenarbeitszeit und mit 67 Jahren auch die längste Lebensarbeitszeit in ganz Deutschland. Dennoch kürzt die Landesregierung erneut bei ihrem Gehalt. Wir wollen die Arbeitszeit, wie in allen Bundesländern, auf 40 Stunden begrenzen und die Beamt\_innen in den kommenden Jahren zeit- und inhaltsgleich am Tarifergebnis teilhaben lassen.

**Sozialwohnungsbestand deutlich ausweiten** **2013 +12 Mio. Euro**  
**2014 +24 Mio. Euro**

Schon seit vielen Jahren geht der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen stark zurück, weil jährlich nur 600 Wohnungen neu gebaut werden. In Hessen gibt es nur noch rund 120.000 Wohneinheiten, obwohl die Anzahl der Wohnungssuchenden stetig ansteigt. Aufgrund des Wohnungsmangels steigen insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, aber auch in den größeren Städten in Mittel- und Nordhessen die Mieten überdurchschnittlich. Wir wollen diesen Trend umkehren und durch ein Förderprogramm erreichen, dass jährlich 4.000 Sozialwohnungen neu gebaut werden.

**Angemessenen Wohnraum für Studierende schaffen** **2013 +40 Mio. Euro**  
**2014 +40 Mio. Euro**

Für die wachsende Zahl von Studierenden gibt es kaum angemessene Wohnheimplätze oder Wohnungen. Dieser unhaltbaren Situation muss mit einem massiven Förderprogramm begegnet werden. Wir wollen, dass jährlich 2.000, den heutigen Standards entsprechende, zusätzliche Studierendenwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Dabei kann es sich sowohl um Neubauten, aber auch um Umbauten von leer stehenden Büros handeln.

**Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – 2013 +4,8 Mio. Euro**  
**menschenwürdige und gesunde Verpflegung 2014 +4,8 Mio. Euro**  
**im Strafvollzug**

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Resozialisierung. Das bedeutet (Wieder)eingliederung in die Gesellschaft. Grundvoraussetzung für eine gelingende Resozialisierung ist eine angemessene Behandlung und Unterbringung der inhaftierten Menschen. Für den Einkauf von Lebensmitteln werden in Hessen pro Inhaftiertem je Hafttag 2,19 Euro ausgegeben. Eine vollwertige, den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre entsprechende Verpflegung ist damit nicht möglich. Wir fordern – als Beginn – eine Verdoppelung der für den Einkauf von Lebensmitteln zur Gefangenenverpflegung bereit gestellten Gelder.

**Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – 2013 +2,16 Mio. Euro**  
**mehr Personal im Strafvollzug 2014 +2,16 Mio. Euro**

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene lernen, in sozialer Verantwortung ein Leben in Freiheit zu führen. Wirksame Resozialisierung setzt u.a. die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie sowie durch begleitetes Verlassen der JVA. Um dies in hinreichendem Maße zu ermöglichen, muss genügend Personal vor Ort sein. Die Mitarbeiter\_innen des allgemeinen Vollzugsdienstes sind auch wichtige Ansprechpartner\_innen für die Inhaftierten. Wir fordern 50 zusätzliche Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst, um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Beschäftigten zu entlasten.

**Rückverstaatlichung der privatisierten Dienste 2013 -5,5 Mio. Euro**  
**in der JVA Hünfeld 2014 -5,5 Mio. Euro**

Der Vollzug von Freiheitsstrafen ist kein Geschäft und gehört deshalb nicht in die Hände privater Dienstleister. Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe, die von Staatsbediensteten ausgeführt werden muss. In Zukunft müssen Privatisierungen ausgeschlossen werden bzw. sind wieder rückgängig zu machen. Dienste, die in privater Trägerschaft erbracht werden, sind auf das Land Hessen zurück zu übertragen und künftig wieder von Landesbediensteten zu erbringen. Wir fordern deshalb, die Mittel für die Betreibergesellschaft in der JVA Hünfeld aus dem Haushalt zu streichen und an anderer Stelle einzusetzen.

**Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels – vorzeitige Entlassung aus der Haft** **2013 -5,6 Mio. Euro**  
**2014 -5.6 Mio. Euro**

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist es, die Inhaftierten in die Lage zu versetzen, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen und damit auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten. Es ist allerdings ein kaum aufzulösender Widerspruch, in der Gefangenschaft das Leben in Freiheit zu lernen. Die §§ 57 ff. Strafgesetzbuch ermöglichen die vorzeitige Entlassung der Inhaftierten nach Verbüßung der Hälfte bzw. von Zweidrittel der Strafzeit unter Aussetzung des Strafrests zur Bewährung. DIE LINKE fordert eine Vollzugsplanung, die das Resozialisierungsziel ernst nimmt, systematisch auf eine vorzeitige Entlassung hinarbeitet und diese sicher stellt.

**Konsequente Umsetzung des Erziehungsziels – vorzeitige Entlassung aus dem Jugendvollzug** **2013 -1,2 Mio. Euro**  
**2014 -1,2 Mio. Euro**

Ziel des Jugendstrafvollzugs ist es, Jugendliche zu einem rechtschaffenen und verantwortungsbewussten Lebenswandel zu führen (§ 91 JGG). Diese Aufgabe erfüllen stationäre Sanktionen nicht. Das beweisen die Rückfallstatistiken. Die §§ 88 und 89 des Jugendgerichtsgesetzes ermöglichen eine Aussetzung des Strafrests zur Bewährung nach Verbüßung von 6 Monaten bzw. einem Drittel der Strafe, wenn der Versuch verantwortet werden kann, zu erproben, dass der Verurteilte einen rechtschaffenen Lebenswandel führen wird. Um die negativen Folgen des Freiheitsentzuges so gering wie möglich zu halten fordert DIE LINKE, dass konsequent von der Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung Gebrauch gemacht wird.

**Einrichtung von drei regionalen Landesantidiskriminierungsstellen und Einrichtung eines Rechtshilfefonds** **2013 +900.000 Euro**  
**2014 +900.000 Euro**

Das Antidiskriminierungsgesetz auf Bundesebene bietet Betroffenen die Möglichkeit, sich gegen Diskriminierung etwa auf dem Wohnungsmarkt, auf Grund des Alters, auf Grund einer Behinderung, auf Grund von Geschlecht oder sexueller Orientierung zu wehren. Es hat sich jedoch gezeigt, dass es nicht ausreicht. Wir fordern deshalb die Einrichtung eines Rechtshilfefonds für Betroffene von Diskriminierung sowie drei regionale Landesantidiskriminierungsstellen. Diese sollen aufklären und zum Abbau von Vorurteilen beitragen.

### **Sprachkurse für Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete**

**2013 +800.000 Euro**

**2014 +800.000 Euro**

Sprache und Bildung sind wichtig für erfolgreiche Integration. Doch nur unter bestimmten ausländerrechtlichen Voraussetzungen haben in Hessen lebende Flüchtlinge und Geduldete einen Anspruch auf Teilnahme an Deutschkursen. Um diese Menschen nicht vom Spracherwerb auszuschließen und wertvolle Zeit verstreichen zu lassen, die sie zum Spracherwerb nutzen können, fordern wir, den Bedarf an Sprachkursen zu decken und die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

### **Verstetigung der Angebote für präventive und gesundheitsfördernde Angebote – Landesmaßnahmen für die Einrichtung medizinischer Dolmetscherdienste**

**2013 +500.000 Euro**

**2014 +500.000 Euro**

Menschen aus 195 Nationen fühlen sich in Hessen zu Hause. Aber nicht alle von ihnen verfügen über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, wodurch das Wissen über das Gesundheitssystem gering ist. Die Angebote werden infolgedessen zu wenig wahrgenommen. Ein medizinkundiger Dolmetscherdienst ist an allen Krankenhäusern, besonders in der stationären Versorgung, nötig.



2013

2014

## 1. Machbare Einsparungen

Landesvertretung in Berlin	3.912.900 €	3.940.300 €
Streichung Stiftung „Flughafen Frankfurt/Main für die Region“	12.200.000 €	12.200.000 €
Streichung des Regionalfonds Umwelthaus	3.870.000 €	3.906.000 €
Auflösung des Verfassungsschutzes	2.354.200 €	17.596.300 €
Einsparungen PPP	5.355.000 €	5.355.000 €
Streichung des freiwilligen Polizeidienstes	360.000 €	360.000 €
Re-Verstaatlichung JVA Hünfeld	0 €	0 €
Streichung der Mittel für Kassel Calden	4.502.200 €	2.742.200 €
Streichung der Mittel für das HOLM gesamt	4.381.000 €	5.494.000 €
EBS	1.519.000 €	1.240.500 €
Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels im Strafvollzug	5.662.200 €	5.662.200 €
Konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels im Jugendvollzug	1.201.215 €	1.201.215 €
<b>Summe der Einsparungen</b>	<b>34.073.300 €</b>	<b>47.340.300 €</b>

## 2. Notwendige Mehrausgaben

<b>EP 03</b> Kompetenzzentrum Re-Kommunalisierung statt PPP Kompetenzzentrum	355.000 €	355.000 €
Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie	0 €	14.600.200 €
Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit	2.354.200 €	2.354.200 €
Verbesserung der Polizeiausbildung	1.548.900 €	1.548.900 €
<b>EP 04</b> Sofortmaßnahme zur kostenlosen Schülerbeförderung	30.000.000 €	30.000.000 €
Verbesserung der Schulsozialarbeit	4.583.300 €	4.583.300 €
Zusätzlich 250 Schulpsychologen	16.882.000 €	16.882.000 €
4000 Lehrerstellen (Mittel deckungsfähig für Lehreraus -, Fort- und Weiterbildung)	270.364.000 €	270.364.000 €
JEKI	1.915.000 €	1.915.000 €

	2500 Lehrerstellen für Ganztagsangebote (Mittel deckungsfähig für Lehreraus-, Fort- und Weiterbildung)	168.820.000 €	168.820.000 €
	tatsächlich Lernmittelfreiheit sicherstellen	12.000.000 €	12.000.000 €
	500 Lehrer für Deutsch als Zweitsprache	25.000.000 €	25.000.000 €
	Schaffung von Beratungs- und Koordinationsstellen für Inklusion der LAG Hessen	1.200.000 €	1.200.000 €
	Rücknahme der Kürzung bei Referendar_innen	19.713.236 €	19.775.800 €
<b>EP 05</b>	Sprachkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus	800.000 €	800.000 €
	Strafvollzug auf Resozialisierung ausrichten (zusätzliche Vollzugsbeamte)	2.163.600 €	2.163.600 €
	Angemessene Gefangenenverpflegung sicherstellen	4.847.100 €	4.847.100 €
<b>EP 06</b>	Sozial-ökologisches Beschaffungswesen	5.000.000 €	5.000.000 €
<b>EP 07</b>	Wirtschaftsförderungskonzept für Nordhessen	250.000 €	250.000 €
	Erhöhung der Mittel für die Entwicklungs- zusammenarbeit	260.000 €	260.000 €
	Überbetriebliche Lehrgänge und Weiterbildung	1.597.400 €	1.681.800 €
	Programme zur Erstausbildung	13.118.200 €	14.072.400 €
	Förderung überbetrieblicher Ausbildungen	1.000.000 €	1.000.000 €
	Fahrradkurse für Erwachsene	10.000 €	10.000 €
	Förderung des ÖPNV Angebots (ALT: Hessencard)	30.000.000 €	40.000.000 €
	ÖPNV Infrastrukturförderung (ALT: Hessencard)	30.000.000 €	40.000.000 €
	Förderung von Sozialtickets (Hessencard NEU)	50.000.000 €	50.000.000 €
	Radwegekampagne	500.000 €	500.000 €
	Förderung des sozialen Wohnungsbaus	12.000.000 €	24.000.000 €
	Förderung des studentischen Wohnraums	40.000.000 €	40.000.000 €
	Soziale Stadt	3.000.000 €	3.000.000 €
	Lärmschutz verbessern	10.000.000 €	10.000.000 €
<b>EP 08</b>	Rücknahmen „Operation Sichere Zukunft“	40.000.000 €	40.000.000 €
	Aktive Arbeitsmarktpolitik umsetzen - Langzeitarbeitslosen Perspektiven schaffen	108.000.000 €	108.000.000 €
	Prävention sexuelle Gewalt	1.000.000 €	1.000.000 €
	Verbesserung der Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen	170.000.000 €	170.000.000 €

	2013	2014
Ausbildung von Altenpflegekräften	5.750.000 €	5.836.250 €
Rücknahme der Kürzung bei der Schwangerenkonfliktberatung	2.800.000 €	2.800.000 €
Gehörlosen-Geld	1.401.840 €	1.401.840 €
Fonds Heimerziehung (Kommunen werden durch Land entlastet)	245.100 €	367.650 €
Landesmaßnahmen für die Einrichtung medizinischer Dolmetscherdienste	500.000 €	500.000 €
Einrichtung von drei regional verteilten Landesantidis- kriminierungsstellen und eines Rechtshilfefonds	900.000 €	900.000 €
Frauennotrufe	330.000 €	330.000 €
<b>EP 09</b> Gesamtbelastungsstudie	845.500 €	0 €
Natura 2000	3.100.000 €	3.100.000 €
Energie	30.000.000 €	30.000.000 €
Pilotprojekt Klimaneutraler ÖPNV	14.000.000 €	14.000.000 €
Förderung von Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der Gewässergüte	500.000 €	500.000 €
Reinhardswald	7.500.000 €	2.100.000 €
Verbesserung der Lebensmittelüberwachung und des Verbraucherschutzes	2.500.000 €	2.500.000 €
HIAP	12.000.000 €	12.000.000 €
Förderung des Verbraucherschutzes	2.000.000 €	2.000.000 €
178 Stellen Waldarbeiter,		
100 Stellen Azubis im Hessenforst	7.040.000 €	7.040.000 €
<b>EP 15</b> Museums-, Ausstellungs- und Künstlerförderung (Rücknahme „Operation Sichere Zukunft“)	650.000 €	650.000 €
Soziokultur, Regionale Kulturförderung und Internationales	350.000 €	350.000 €
Förderung der sozialen Belange der Studierenden	60.000.000 €	110.000.000 €
<b>EP 17</b> Rückkauf des Uniklinikums Gießen-Marburg	100.000.000 €	100.000.000 €
Rücknahme der Kürzung des KFA	344.000.000 €	344.000.000 €
Modernisierung von Abwasseranlagen	26.000.000 €	20.000.000 €
Öffentliche Energiebeauftragte in den Kommunen	2.000.000 €	2.000.000 €
Rückkehr zur 40-Stunden-Woche im Öffentlichen Dienst	206.500.000 €	206.800.000 €

	2013	2014
„Eins zu Eins“ Übernahme des Tarifvertrages auf die Beamten	125.000.000 €	255.000.000 €
600 zusätzliche Azubis im Landesdienst	8.400.000 €	8.400.000 €
<b>Summe der Mehrausgaben</b>	<b>2.042.594.376 €</b>	<b>2.258.559.040 €</b>
<b>3. Mehreinnahmen</b>		
Mehreinnahmen durch 100 zusätzliche Betriebsprüfer	153.779.700 €	153.779.700 €
Gewässerschutzabgabe	85.000.000 €	85.000.000 €
Mehreinnahmen durch Reform der Erbschaftsteuer	599.000.000 €	599.000.000 €
Wiedereinführung der Vermögensteuer	1.500.000.000 €	1.500.000.000 €
<b>Summe der Mehreinnahmen</b>	<b>2.337.779.700 €</b>	<b>2.337.779.700 €</b>
<b>Ergebnis</b>	<b>329.258.624 €</b>	<b>126.560.960 €</b>

## Quellenangaben

**1. Umschlagseite** © DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

**Seite 5** © DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

**Seite 6** © DGB Hessen-Thüringen/J. Planert

**Seite 10** © Alexander Raths - Fotolia.com

**Seite 12** © Woodapple - Fotolia.com

**Seite 19** © Gina Sanders; www.fotolia.com

**Seite 22** © DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

**Seite 26** © Nik Frey; www.fotolia.com

**Abb. 1** Eigene Darstellung auf Grundlage von Zahlen aus: Antwort der Hessischen Landesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE Drs. 18/2997 sowie Auskünfte der Bundesagentur für Arbeit

**Abb. 2** Bundesländerindex Mobilität 2012, © Allianz pro Schiene

**DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag**

Schlossplatz 1 – 3

65183 Wiesbaden

**Tel.:** 0611-350 60 90

**Fax:** 0611-350 60 91

**E-Mail:** [die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)

**Internet:** [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG